

AUSSEN WIRTSCHAFT WIRTSCHAFTSBERICHT DEUTSCHLAND

AUSSENWIRTSCHAFTSCENTER BERLIN
MÄRZ 2024



Eine Information des
AußenwirtschaftsCenters Berlin

Wirtschaftsdelegierter

Dr. Michael Scherz

T +49 (30) 25 75 75 0

E berlin@wko.at

W wko.at/aussenwirtschaft/de

HEAD OFFICE

Mag. Gudrun Hager

T +43 (590) 900-4450

E aussenwirtschaft.westeuropa@wko.at

 fb.com/aussenwirtschaft

 x.com/wko_aw

 linkedin.com/company/aussenwirtschaft-austria

 youtube.com/aussenwirtschaft

 flickr.com/aussenwirtschaftaustria

 instagram.com/aussenwirtschaft_austria.at

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die Rechte der Verbreitung, der Vielfältigung, der Übersetzung, des Nachdrucks und die Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere elektronische Verfahren sowie der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, der Wirtschaftskammer Österreich – AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA vorbehalten. Die Wiedergabe mit Quellenangabe ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Wirtschaftskammer Österreich – AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA ausgeschlossen ist.

Darüber hinaus ist jede gewerbliche Nutzung dieses Werkes der Wirtschaftskammer Österreich – AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA vorbehalten.

© AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA DER WKÖ
Offenlegung nach § 25 Mediengesetz i.d.g.F.

Herausgeber, Medieninhaber (Verleger) und Hersteller:
WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH / AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
Redaktion: AUSSENWIRTSCHAFTSCENTER BERLIN
T +49 (30) 257-5750, F +49 (30) 2575-7575
E berlin@wko.at, W wko.at/aussenwirtschaft/de

WIRTSCHAFTSBERICHT DEUTSCHLAND (2. HALBJAHR 2023)

- Die deutsche Wirtschaft in schwächerer Verfassung als prognostiziert
- Deutsch-Österreichischen Außenhandel auf hohem Niveau: EUR 126,88 Mrd.
- Deutliche Abschwächung der Inflationsrate: nach 7,9 % 2022 - Entspannung im Jahresverlauf 2023 auf 6,2 %, Gründe: Lieferengpässe und hohe Energiepreise gehen auf breiter Front zurück
- Gesamtwirtschaftswachstum schrumpft zur Jahresmitte: 1.Hj. 2023 -0,6 %
- Das für 2023 erwartete leichte Wachstum dreht ins Minus
- Aber: Auch weiterhin Intakte Marktchancen in allen Sektoren – neue Schwerpunkte durch Transformation, schwächerer, aber robuster Export
- Risiken wegen des anhaltenden Krieges in der Ukraine, Unsicherheit wegen der Lage in Nah-Ost, unsichere Erwartungen für Export und Energiepreise

Wirtschaftskennzahlen

	2020	2021	2022	2023
Nominales Bruttoinlandsprodukt in Mrd. Euro ¹	3.405	3.602	3.867	4121,2
Bruttoinlandsprodukt/Kopf ¹	40.950	43.292	46.149	48.750
Bevölkerung in Mio. ¹	83,2	83,2	84,3	84,7
Reales Wirtschaftswachstum in % ¹	-3,7	2,6	1,8	-0,3
Inflationsrate in % ¹	0,5	3,1	7,9	5,9
Arbeitslosenquote in % ¹	5,9	5,7	5,4	5,7
Warenexporte in Mrd. EUR ¹	1.207	1.379	1.594	1.562
Warenimporte in Mrd. EUR ¹	1.027	1.204	1.505	1.353

Wirtschaftsbeziehungen mit Österreich

	2020	2021	2022	2023
Österreichische Warenexporte nach DE in Mio. Euro ³	43.430	49.925 (+15 %)	57.990 (+16,1 %)	58.504 (+0,8 %)
Österreichische Warenimporte aus DE in Mio. Euro ³	50.515	59.150 (+17,1 %)	68.890 (+16,5 %)	63.848 (-7,5 %)
	2021	2022	Veränderung in %	
Österreichische Dienstleistungsexporte in Mio. Euro ⁴	23.688	31.439	+ 32,7 %	N.N.
Österreichische Dienstleistungsimporte in Mio. Euro ⁴	16.210	19.548	+ 20,6 %	N.N.

Österreichische Direktinvestitionen in DE⁴, Stand 2022 36.339 Mio. EUR

Beschäftigte bei österreichischen Direktinvestitionen⁴, Stand 2020: 115.597

Direktinvestitionen aus DE in Österreich⁴, Stand 2022: 56.631 Mio. EUR

Beschäftigte in Österreich bei Direktinvestitionen aus DE⁴, Stand 2020: 123.649

Wichtigster Warenexportmarkt für Österreich: 1. Rang

^P Prognose

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland

² Quelle: Weltbank

³ Quelle: Statistik Austria

⁴ Quelle: Österreichische Nationalbank

- **1. Wirtschaftslage**

Im Überblick

Deutliche Eintrübung im Jahresverlauf 2023 schließt mit einem gesunkenen BIP

Im Jahr 2023 nahm das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes preisbereinigt um 0,3 Prozent ab. Die wirtschaftliche Entwicklung war dabei wie schon im Vorjahr wesentlich bestimmt durch die Auswirkungen der Energiepreiskrise in Verbindung mit einer ausgeprägten weltwirtschaftlichen Schwäche und den zunehmend spürbaren Effekten der restriktiveren Geldpolitik. Hinzu kam ein außergewöhnlich hoher Krankenstand, der das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen dämpfte. Alles dies belastete die deutsche Wirtschaft anhaltender als zu Beginn des vergangenen Jahres angenommen und verzögerte die wirtschaftliche Erholung.

Bundesregierung nimmt Wachstumserwartungen zurück – Besserung vorerst nicht in Sicht

Für das Jahr 2024 geht die Bundesregierung in der Jahresprojektion von einem Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,2 Prozent aus. Die Ausgangslage zum Jahreswechsel stellt sich ungünstiger dar als in der Herbstprojektion angenommen. Das BIP ging im 4. Quartal 2023 preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,3 Prozent zurück, was den Einstieg in das laufende Jahr belastet (statistischer Unterhang). Aktuelle Stimmungsindikatoren deuten noch nicht auf eine spürbare Belebung zu Jahresbeginn hin. Wachstumsimpulse dürften vor allem vom privaten Verbrauch ausgehen: Die inflationsbedingten Kaufkraftverluste der privaten Haushalte werden schrittweise überwunden und führen in Verbindung mit einer insgesamt robusten Beschäftigungssituation zu einer Belebung des privaten Konsums. Die Ausrüstungsinvestitionen in Maschinen und Anlagen dürften auch vor dem Hintergrund des hohen Investitionsbedarfs im Zuge der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft trotz relativ hoher Nominalzinsen weiter zulegen, wohingegen die Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt weiter zurückgehen dürften.

Industriekonjunktur und produzierendes Gewerbe auf breiter Front mit negativen Zahlen – weiterhin ausbleibende Impulse vom Außenhandel – Hoffnung auf maßvolle Besserung im späteren Jahresverlauf

Die Produktion im produzierenden Gewerbe ging nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im November gegenüber dem Vormonat um 0,7 % zurück. Damit setzte sich die seit Frühjahr letzten Jahres zu verzeichnende abwärtsgerichtete Tendenz weiter fort. Im November kam es in der Industrie und im Baugewerbe wieder zu Rückgängen (-0,5 % bzw. - 2,9 %), während der Bereich Energie erneut ein deutliches Plus meldete (+3,9 %).

Innerhalb der Industrie waren im November in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten: Die gewichtigen Bereiche Kfz und Kfz-Teile sowie elektrische Ausrüstungen meldeten Abnahmen ihrer Outputs um 0,6 % bzw. 3,3 %; auch bei pharmazeutischen Erzeugnissen (-3,8 %) sowie Datenverarbeitungsgeräten, elektrischen und optischen Erzeugnissen (- 5,7 %) kam es zu Rückgängen. Bei dem gewichtigen Bereich Maschinenbau hingegen gab es eine Zunahme um +1,1 %, ebenso wie bei den energieintensiven Industriezweigen insgesamt (+3,1 %), die sich wie folgt auf die fünf Bereiche verteilte: chemische Erzeugnisse (+5,1 %), Kokerei und Mineralölverarbeitung (+3,2 %), Papier und Pappe (+2,6 %), Glas, Glaswaren und Keramik (+1,8 %) sowie Metallerzeugung und -bearbeitung (+0,5 %).

Die Auftragseingänge nahmen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im November gegenüber dem Vormonat leicht zu (+0,3 %), nachdem sie im Oktober merklich zurückgegangen waren (-3,8 %). Erneut stützte die Nachfrage aus dem Inland (+1,4 %) – insbesondere nach Investitionsgütern (+3,4 %) – während Bestellungen aus dem Ausland aufgrund der anhaltenden Orderrückgänge aus dem Euroraum weiter abwärtsgerichtet waren (-0,4 %).

Während sich bei den Auftragseingängen aus dem Inland in zentralen Bereichen zuletzt eine Stabilisierung andeutet, belastet die schwache Auslandsnachfrage,

insbesondere aus dem Euroraum, weiterhin die Industriekonjunktur. Frühindikatoren senden derzeit gemischte Signale, wobei sich die Stimmung in den Unternehmen zuletzt wieder etwas eingetrübt hat. Mit einer schnellen Trendwende der Industriekonjunktur kann daher nicht gerechnet werden. Im weiteren Jahresverlauf dürfte aber vor dem Hintergrund der erwarteten binnenwirtschaftlichen Belebung und wieder anziehender Exporte eine Erholung der Industrieproduktion einsetzen.

Konsumausgaben und Einzelhandelsumsätze reagieren auf Preissteigerungen und bleiben niedrig

Die realen Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz sind im November gegenüber dem Vormonat um 2,2 % deutlich gesunken, nachdem sie im Oktober spürbar im Plus lagen (+1,3 %). Im Vergleich zum Vorjahresmonat meldete der Einzelhandel im November ein reales Umsatzminus von 2,0 %, wobei sich die hohen Preissteigerungen weiterhin bemerkbar machten. Der Umsatz im Internet- und Versandhandel verringerte sich im November um 1,5 % (-1,8 % ggü. Vorjahr).

Schwache Autonachfrage - besonders bei E-Fahrzeugen

Bei den Pkw-Neuzulassungen ergab sich im Dezember im Vormonatsvergleich eine leichte Zunahme um 1,4 %; auch im aussagekräftigeren Zwei-Monatsvergleich haben sich die Neuzulassungen – nach hohen Schwankungen in den Vormonaten – stabilisiert (+0,2 %). Neuzulassungen von Pkw durch Privatpersonen sind im Dezember kräftig um 10,3 % gestiegen und auch in der Zwei-Monats-Betrachtung mit +7,3 % deutlich aufwärtsgerichtet. Pkw-Neuzulassungen von Unternehmen und Selbstständigen sind dagegen im Dezember zum vierten Mal in Folge gesunken (-3,5 %). Gründe für diese volatile Entwicklung dürften vor allem Vorzieheffekte im Zusammenhang mit dem Auslaufen der Umweltprämie sein, die für gewerbliche Zulassungen Ende August und für Privatpersonen am 18. Dezember beendet wurde. Unbefriedigend sind vor allem die deutlich zurückgegangenen Umsätze bei Elektrofahrzeugen.

Steigende Reallöhne dürften im Jahresverlauf den Konsum stabilisieren

Frühindikatoren für die Entwicklung des privaten Konsums geben aktuell ein uneinheitliches Bild: Laut Prognose der GfK wird sich das Konsumklima im Januar noch einmal verbessern, nachdem es sich zwischen September und November leicht verschlechtert hatte. Die ifo Geschäftserwartungen im Einzelhandel haben sich im Dezember eingetrübt (-2,8 Punkte) und liegen weiterhin im negativen Bereich.

Während sich die Konsumstimmung bei den privaten Haushalten tendenziell verbessert, wird die Geschäftslage im Einzelhandel nach Umfragen von ifo und Handelsverband HDE eher als unbefriedigend bewertet. Bei weiter steigenden Einkommen und rückläufigen Inflationsraten dürfte aber mit einer Erholung des privaten Konsums im Verlauf dieses Jahres zu rechnen sein.

Inflationsrate geht weiter zurück ... und dürfte im Jahresverlauf weiter sinken

Bei den Verbraucherpreisen erwartet die Bundesregierung einen im Vergleich zu den Vorjahren deutlich geringeren Anstieg um nur noch 2,8 Prozent. Nach zwei Jahren mit für deutsche Verhältnisse sehr hohen Inflationsraten rückt eine Rückkehr zum Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von zwei Prozent (in der mittleren Frist, bezogen auf den Euroraum und den harmonisierten Verbraucherpreisindex) somit bereits deutlich näher. Im kommenden Jahr dürfte sich der Anstieg der Verbraucherpreise weiter abschwächen, so dass das Ziel der Preisniveaustabilität nach Definition der Europäischen Zentralbank erreicht werden dürfte.

Arbeitsmarkt noch robust

Bei der Erwerbstätigkeit geht die Bundesregierung im Jahresdurchschnitt von einem Anstieg um 110 Tsd. Personen aus. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Jahresdurchschnitt leicht um 85 Tsd. auf rund 2,7 Millionen Personen steigen, was auch auf den statistischen Überhang aus dem Vorjahr zurückzuführen ist. Trotz der kurzfristigen konjunkturellen Schwäche bleibt der Arbeitsmarkt robust. Die Ar-

beitsnachfrage ist nach wie vor auf hohem Niveau. Aufgrund der schwachen Konjunktur hat die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen zuletzt zwar etwas abgenommen. Dies dürfte sich mit der konjunkturellen Belebung jedoch wieder umkehren.

Entspannung bei den Energiepreisen – auf weiterhin hohem Niveau

Die Lage auf den Energiemärkten hat sich in Deutschland seit Herbst 2022 deutlich entspannt. Die Energiekosten sind sowohl in Bezug auf Strom als auch in Bezug auf Gas wieder auf ein deutlich geringeres Niveau zurückgefallen als zu Spitzenzeiten während des ersten Jahres des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Die Preise für private Haushalte, die im zweiten Halbjahr 2023 einen neuen Strom- oder Gasvertrag abgeschlossen haben, liegen unter jenen der zweiten Jahreshälfte 2021. Jedoch liegt das Niveau bei den Großhandelspreisen für Erdgas und für Strom über dem langjährigen Niveau. Zukunftspreise (sog. Futures) zeigen derzeit an, dass dies zumindest auch in den nächsten zwei Jahren so bleiben könnte.

Im Detail

**Gedrückte Stimmung in allen Wirtschaftsbe-
reichen**

Zu Beginn des Jahres 2024 befindet sich die deutsche Volkswirtschaft weiterhin in einem schwierigen Fahrwasser. Die Stimmung in der Wirtschaft, gemessen am ifo Geschäftsklima, dem Einkaufsmanagerindex der Industrie oder dem GfK Konsumklimaindex, liegt zum Jahreswechsel 2023/24 weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. Zwar lassen einige belastende Faktoren aus dem Vorjahr wie die hohen Verbraucherpreissteigerungen und die daraus folgenden Kaufkraftverluste nach, die Inflation dürfte unter anderem infolge von Basiseffekten durch das Auslaufen temporärer Entlastungsmaßnahmen aber noch einige Zeit oberhalb der Zwei-Prozent-Schwelle liegen.

Nur schwacher Trost vom Außenhandel ...

Nach der historisch schwachen Entwicklung des Welthandelsvolumens von +0,4 Prozent im Jahr 2023 rechnet die Bundesregierung für das Jahr 2024 basierend auf den Prognosen internationaler Organisationen mit einer moderaten Belebung um gut drei Prozent. Die deutschen Absatzmärkte dürften mit der erwarteten Erholung in den europäischen Ländern mit +3,2 Prozent mit einer ähnlichen Rate expandieren. Zunächst deuten die Frühindikatoren für die deutschen Ausfuhren aber noch auf ein schwaches Winterhalbjahr hin (vgl. Schaubild 27). Die Exporterwartungen der Unternehmen verharren seit dem Sommer 2023 im negativen Bereich und haben sich seit Dezember 2023 wieder eingetrübt. Auch bei den Bestellungen aus dem Ausland ist bislang noch keine nachhaltige Trendwende zu erkennen, die Exporteure bewerten ihre Auftragsbestände aus dem Ausland zunehmend schlechter. Im Laufe des Jahres 2024 ist aber – nach Abschluss der globalen Lageranpassungen im Verarbeitenden Gewerbe – mit einer graduellen Erholung der Auslandsnachfrage nach deutschen Produkten zu rechnen. Insgesamt wird für das Jahr 2024 von einer Expansionsrate der preisbereinigten Ausfuhren von +0,6 Prozent ausgegangen. Im Zuge der binnenwirtschaftlichen Belebung, insbesondere der anziehenden Konsumnachfrage, dürfte die Zuwachsrate der preisbereinigten Einfuhren mit +0,8 Prozent etwas darüber liegen. Damit ist im Jahr 2024 kein rechnerischer Wachstumsimpuls vom Außenbeitrag zu erwarten.

... schleppende Erholung der Investitionen trotz hohen Ersatzbedarfes ...

Trotz der wirtschaftlichen Stagnation im vergangenen Jahr verlief die Investitionsentwicklung vergleichsweise robust. Hierbei haben allerdings auch Sondereffekte wie beispielsweise Anschaffungen im Zuge des Bundeswehr-Sondervermögens oder Impulse aus der Umweltprämie für elektrische Kfz bei gewerblichen Neuzulassungen eine Rolle gespielt. Dennoch konnte das Investitionsvolumen nicht an das preisbereinigte Niveau vor der Corona-Krise anschließen. Die Ent-

wicklung wurde vor allem durch die schwache Auslandsnachfrage, Produktionsrückgänge bei energieintensiven Industrien und die erhöhte Unsicherheit im Zuge der geopolitischen Krisen belastet. Ein bestimmtes Maß an Planungssicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass langfristige Investitionsentscheidungen getroffen werden. Die vergangenen Jahre waren allerdings von Ausnahmesituationen geprägt, z.B. im Bereich der Energieversorgung, die zum Teil bis heute für wirtschaftliche Verunsicherung sorgen. Auch zu Beginn des laufenden Jahres bleiben die Unsicherheiten für die Wirtschaft hoch, u.a. hinsichtlich der Entwicklung geopolitischer Krisen und der Erholung wichtiger Handelspartner.

Die Kapazitätsauslastung fiel zuletzt unterhalb ihres langjährigen Durchschnittswerts. Damit sprechen die Indikatoren dafür, dass eher eine gebremste Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen vor allem zu Beginn des Jahres 2024 zu erwarten ist. Im weiteren Jahresverlauf 2024 wird mit einer Belebung der Ausrüstungsinvestitionen gerechnet. Der gewichtige Bereich Maschinen- und Anlagenbau ist eng mit der Entwicklung des Außenhandels verknüpft. Mit einer allmählichen Belebung der globalen Wachstumsdynamik und des Welthandels – insbesondere in den für Deutschland bedeutsamen Absatzmärkten in Europa – dürfte die Kapazitätsauslastung in der Industrie wieder ansteigen und zu einer Belebung der Ausrüstungsinvestitionen führen. Aufgrund des schwachen Jahresauftakts rechnet die Bundesregierung für das Gesamtjahr 2024 aber nur mit einem leichten Wachstum von preisbereinigt 0,5 Prozent,

... Baukonjunktur trotz hohen und wachsenden Bedarfs an Wohnungen im Keller ...

Die Bauinvestitionen werden zwar weiter von einem grundsätzlichen Bedarf an Wohnraum, vor allem in den Ballungsräumen, gestützt. Nach wie vor hohe Bau- und Finanzierungskosten sorgten aber im vergangenen Jahr für rückläufige Auftragseingänge und steigende Stornierungsraten und führten somit zu einem deutlichen Rückgang des zuvor noch hohen Auftragsbestands. Ein hoher Bauüberhang und eine sich abzeichnende Bodenbildung bei den Baugenehmigungen sprechen jedoch für eine zunehmend bessere Auftragslage im Wohnungsbau. Angebotsseitig allerdings hindert der immer mehr in den Vordergrund tretende Fachkräftemangel die Realisierung von Bauvorhaben. Diese Umstände sorgen dafür, dass die Bauinvestitionen im laufenden Jahr preisbereinigt erneut um 2,2 Prozent sinken dürften, nachdem sie bereits im vergangenen Jahr um 2,1 Prozent zurückgegangen waren. Insgesamt erwartet die Bundesregierung trotz der politischen Zusage, im Jahr 400.000 Wohnungen bauen zu wollen, für das Jahr 2024 eine Abnahme der Wohnbautätigkeit.

Arbeitsmarkt robust

Der Arbeitsmarkt erweist sich angesichts der wirtschaftlichen Schwächephase bis zuletzt als widerstandsfähig, auch wenn sich die Dynamik im Verlauf merklich abgeschwächt hat. Die Zahl der offenen Stellen ist laut Umfrageergebnis des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) trotz der konjunkturellen Flaute mit rund 1,7 Millionen weiterhin hoch. Trotz der verhaltenen BIP-Entwicklung hatte die Erwerbstätigkeit im Herbst 2023 erstmals 46,0 Millionen Personen überschritten und erreichte im Jahresdurchschnitt einen Wert von 45,9 Millionen Erwerbstätigen. Der Fachkräftemangel stellt für Unternehmen weiterhin eine große Herausforderung dar und bremst den Beschäftigungsaufbau. Frühindikatoren des IAB deuten für das laufende Jahr aber auf weitere moderate Zuwächse bei der Erwerbstätigkeit hin. In der Jahresprojektion wird daher für 2024 ein erneuter leichter Zuwachs der Erwerbstätigkeit um 110 Tausend Beschäftigte erwartet.

Inflation sinkt ...

Insgesamt erwartet die Bundesregierung nach einem jahresdurchschnittlichen Anstieg der Inflationsrate von 5,9 Prozent im Jahr 2023 eine deutliche Abschwächung auf 2,8 Prozent. Die Kerninflation, die die stark volatilen Preise für Energie

und Nahrungsmittel nicht berücksichtigt, dürfte sich nach 5,1 Prozent im vergangenen Jahr auf 2,9 Prozent verringern.

... Basiseffekte schmälern aber zunächst noch ein starkes Wachsen der Kaufkraft

Die Inflationsentwicklung dürfte vor allem in der ersten Jahreshälfte spürbar durch steuerliche und fiskalische Maßnahmen mitbestimmt werden. Es laufen verschiedene temporäre Maßnahmen aus, die im Zuge von Corona- und Energiekrise zur Entlastung von privaten Haushalten vorgenommen worden waren. Hierzu zählen insbesondere die Absenkung der Umsatzsteuersätze in der Gastronomie und für die Lieferung von Gas und Fernwärme sowie die Preisbremsen für Strom und Gas. Hierbei handelt es sich um einen temporären Basiseffekt, denn während sie in Kraft waren, hatten diese Maßnahmen vorübergehend einen senkenden Effekt auf die Inflationsrate. Hinzu kommen die regulär im Zeitverlauf vorgesehene Erhöhung der CO₂-Bepreisung im Rahmen des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) sowie die Entscheidungen der Bundesregierung, im Zuge der Haushaltsaufstellung 2024 nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 bei der nationalen CO₂-Bepreisung wieder auf den bereits von der Vorgängerregierung vorgesehenen Pfad zurückzukehren und den Zuschuss 166 II. JAHRESPROJEKTION 2024 DER BUNDESREGIERUNG des Bundes zu den Netzentgelten bei Strom nicht fortzuführen. Die Auswirkungen der Maßnahmen auf die Inflationsrate hängen stark davon ab, in welchem Ausmaß es jeweils zu einer Weitergabe der höheren Kosten an die Endverbraucherpreise kommen wird.

Sinkende Inflation und steigende Effektivlöhne könnten den privaten Konsum stärken und die Binnenkonjunktur beleben

Die Einkommen privater Haushalte befinden sich weiter im Aufwind. Bereits im vergangenen Jahr war es zu einem kräftigen Anstieg der nominalen Effektivlöhne (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) von über 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gekommen, der real aber fast vollständig von der hohen Inflationsrate kompensiert wurde. Neben steigenden Tariflöhnen war das kräftige nominale Plus auch auf die Mindestlohnanhebung im Oktober 2022 zurückzuführen. Dabei stiegen die Nominallöhne von Geringverdienenden prozentual am stärksten: Unter den Vollzeitbeschäftigten hatte das Fünftel mit den geringsten Verdiensten (1. Quintil) mit einem durchschnittlichen Nominallohnwachstum von rund 14 Prozent zum Vorjahreszeitraum die stärksten Verdienststeigerungen. Sie lagen damit deutlich über der Entwicklung der Verbraucherpreise im selben Zeitraum. Auch die geringfügig Beschäftigten wiesen ein überdurchschnittliches Nominallohnwachstum auf. Dies ist laut Statistischem Bundesamt vor allem auf die seit dem 1. Oktober 2022 gültige Erhöhung der Minijob-Verdienstgrenze von monatlich 450 Euro auf 520 Euro sowie auf die Mindestloohnerhöhung von 10,45 Euro auf 12 Euro zurückzuführen. Zudem profitieren die unteren Einkommensgruppen prozentual stärker von Einmal- bzw. Pauschalzahlungen, die in den Tarifabschlüssen in der Regel über die Einkommensgruppen hinweg gleich hoch ausfallen: Die Bundesregierung hatte mit der Inflationsausgleichsprämie als ein Ergebnis der Konzertierten Aktion die Zahlung von steuer- und abgabenfreien Einmalzahlungen über die dauerhaften Lohnsteigerungen hinaus ermöglicht. 340. Unter anderem auf Basis abgeschlossener und laufender Tarifverhandlungen geht die Bundesregierung in der Jahresprojektion von einem erneut kräftigen Effektivlohnanstieg in Höhe von durchschnittlich rund 5,3 Prozent in diesem Jahr aus, nach rund 6 Prozent im Jahr 2023. Wegen der gleichzeitig weiter nachlassenden Verbraucherpreisdynamik (vgl. Tz 334 ff.) nehmen mittlerweile auch die Reallöhne wieder zu und dürften diese Entwicklung im Jahresverlauf weiter fortsetzen.

Sorgen vor einer „Deindustrialisierung“ von Europas wichtigstem Industrieland

Die schlechte wirtschaftliche Lage, die trüben Konjunkturerwartungen und die Gleichzeitigkeit der krisenhaften Herausforderungen – Kriege in Ukraine und Nahem Osten, Klimakrise, Lieferketten- und Energiepreiskrise - lassen die Sorgen um eine bevorstehende oder sogar schon im Gange befindliche Deindustrialisierung Deutschlands wachsen. Neben dem fehlenden Potentialwachstum der deutschen Volkswirtschaft, dem anhaltenden und sich absehbar noch verschärfenden Fachkräftemangel, dem schwachen Exportmarkt und den hohen Energiekosten macht die ehrgeizige und vor allem mit den genannten Krisen zusammenfallenden politischen Belastungen gerade der deutschen „Vorzeigeindustrien“ (die alle auf Fachkräfte, hohe Auslandsnachfrage und bezahlbare Energie angewiesen sind) durch fortschreitende Belastung der industriellen Produktion durch Regulierung und Kostenbelastung (Lieferkettengesetz, CO₂-Abgaben, Verbrennerverbot etc.) Sorgen.

„Den Schuß gehört!“ – Hoffnung auf pragmatischere Politikansätze angesichts der industriepolitischen Herausforderungen

Andererseits besteht die nicht unbegründete Hoffnung, dass sich einerseits im Laufe des Jahres konjunkturelle Einflussgrößen tendenziell aufhellen könnten und dass auch bei der Politik ein Prozess einsetzen könnte, industriepolitisch bedachtsamer zu handeln und bei grundsätzlicher Beibehaltung von Zielen z.B. im Klimaschutz auf ein auch von der Industrie zu bewältigendes Veränderungstempo herunterzuschalten. Dazu könnten auch die Besorgnisse der deutschen Politik vor den anstehenden Europawahlen, einigen Landtagswahlen deutscher Bundesländer und dem ungewissen Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahl beitragen.

• **2. Besondere Entwicklungen**

Befürchtungen einer Deindustrialisierung

Es mehren sich Befürchtungen vor einer schleichenden Deindustrialisierung Deutschlands. In einem Vortrag in Berlin im Februar 2024 diagnostizierte der bekannte österreichische Wirtschaftsforscher Felbermayr, dass die Produktivität in Deutschland nur mäßig wachse und gleichzeitig die Kosten der Energie für die Industrie stetig anwachsen. Felbermayr spricht sich für Europa und besonders Deutschland für eine Industriepolitik aus, die Schwerpunkte auf den Ausbau der (erneuerbaren) Energieversorgung, die Infrastruktur und die Ausbildung lege, statt industriespezifischer Subventionen und Ausnahmen im Wettbewerbsrecht brauche es eine neue Standortpolitik.

Rechnungshof kritisiert Sicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung durch die „Klimawende“

In einem Bericht zur „Umsetzung der Energiewende im Hinblick auf die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit der Stromversorgung“ kommt der deutsche Bundesrechnungshof zu ernüchternden Ergebnissen, was die Effizienz der energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung angeht. Der Rechnungshof befürchtet eine nachhaltige Unsicherheit der Energieversorgung bei wachsender Kostenbelastung.

Risiken bei der Versorgungssicherheit...

Es bestehen laut Fazit des Rechnungshofes erhebliche Risiken für die Versorgungssicherheit mit Strom. Parallel zu den Verzögerungen beim Netzausbau droht zum Ende dieses Jahrzehnts eine erhebliche Kapazitätslücke erneuerbarer sowie emissionsarmer gesicherter, steuerbarer Kraftwerksleistung. Zur Vermeidung von Versorgungsengpässen müssten dann Kohlekraftwerke weiter betrieben werden. Der angestrebte vorgezogene Kohleausstieg bis zum Jahr 2030 erscheint damit fraglich. Dies wird auch durch aktuelle Entscheidungen der BNetzA unterstrichen, die Abschaltung von Kohlekraftwerken vor April 2031 zu untersagen.

... verzerrtes Bild der Lage ...

Zugleich vermitteln Bundesregierung und BNetzA mit dem Monitoringbericht ein verzerrtes und damit unzutreffendes Bild der zukünftigen Versorgungssicherheit.

... und Empfehlungen zu einer kohärenten europäischen Energiepolitik unter Einchluss der Kernkraft

Die Bundesregierung muss nach der Untersuchung des Rechnungshofes den gesetzlich vorgesehenen Ausbau der erneuerbaren Energien sicherstellen und künftig jederzeit hinreichend gesicherte, steuerbare Kraftwerksleistung gewährleisten. Der eine Schritt kann nicht ohne den anderen zum Erfolg führen. Dabei muss die Bundesregierung die Auswirkungen des Kohleausstiegs hinreichend untersuchen und berücksichtigen; gewährleisten, dass ihre Maßnahmen im Einklang stehen mit der Reform des europäischen Strommarktdesigns; verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, damit die beteiligten Akteure planungssicher die notwendigen Investitionen in Erzeugungskapazitäten und Stromnetze tätigen können.

Europäische und nationale energiepolitische Maßnahmen sollten ebenfalls möglichst kohärent sein. Andere EU-Staaten planen, die als klimaneutral eingestufte Kernenergie künftig verstärkt zu nutzen. Deutschland wird somit künftig möglicherweise vermehrt Atomstrom aus anderen EU-Staaten importieren. Der deutsche Ausstieg aus der Kernenergie erscheint im europäischen Kontext widersprüchlich.

Automobilindustrie – E-Mobilität ist bei weitem noch nicht selbsttragend

Mit dem Beschluss, ab 2035 keine neuen Autos mit Verbrennungsmotoren mehr zuzulassen schien nun auch formell die grundsätzliche Umstellung des Individualverkehrs beschlossen – Andeutungen einiger Spitzenpolitiker im EU-Wahlkampf stellen dies jedoch wieder in Frage. Wie sich dies im Einzelnen diese deutsche Schlüsselindustrie und damit auch deren österreichische Partnerunternehmen auswirken wird, bleibt abzuwarten. Schon jetzt wird deutlich, dass Entwicklung und Produktion von E-Antrieben zu Lasten der derzeitigen Diesel-, Benzin- und auch Hybridantriebe gehen wird. Die Absatzzahlen von Elektrofahrzeugen sind dabei nach Auslaufen der hohen Förderungen eingebrochen. In engem Zusammenhang mit den Chancen und Risiken stehen dabei die Akzeptanz der Verbraucher und die Kosten der neuen Fahrzeugtechnik.

Maßgeblich wird es darauf ankommen, auch elektrisch angetriebene Fahrzeuge breiten Verbraucherschichten zugänglich zu machen, eine flächendeckende und der gewohnten Tankstellendichte vergleichbare Ladeinfrastruktur zu schaffen und eine ausreichende und bezahlbare Versorgung mit Strom auch im Verkehrssektor bereitzustellen.

Energiewende auch bei Bau und Wohnen – Herausforderung bei fehlendem Wohnraum

Neben dem Verkehrssektor gilt die Beheizung der privaten Wohnungen als eine Hauptaufgabe bei der Energiewende. Das beschlossene Verbot neuer Heizungen auf Basis fossiler Brennstoffe ab 2024 (mit Ausnahmen und Übergangsfristen) stellt bei insgesamt fehlendem Wohnraum in Deutschland eine zusätzliche Herausforderung dar. Das von der Bundesregierung angekündigte Ziel, jährlich 400.000 Wohnungen neu zu bauen, konnte schon bisher nicht erreicht werden. Die Umstellung des vorhandenen Gebäudebestandes auf neue Heizungstechniken bindet Kapazitäten, die zur Neuerrichtung von Wohngebäuden in Konkurrenz stehen. Zusätzlich steigt der Bedarf an Wohnraum durch die – zum Teil erwünschte – Zuwanderung bei abnehmendem Arbeitskräftepotential insbesondere bei Facharbeitskräften und gerade auch im Gebäudehandwerk.

Großer Fachkräftemangel

Der Fachkräftemangel bleibt weiterhin eines der zentralen Wachstumshindernisse der deutschen Wirtschaft. Laut dem deutschen Arbeitgeberverband werden bis 2025 deutschlandweit 2,9 Millionen Fachkräfte fehlen. Den größten Mangel wird es nicht bei Akademikern, sondern bei Arbeitnehmern mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung – also Facharbeitern, Handwerkern und Pflegekräften geben. Insbesondere besteht Bedarf im IT-Bereich sowie im Sozial- und Gesundheitswesen. Im IT-Bereich ist durch den Digitalisierungsschub

Zuwanderung notwendig	<p>infolge der Pandemie der Fachkräftebedarf enorm gestiegen, die Besetzung offener Stellen ist schon jetzt schwierig. Viele deutsche Unternehmen reagieren darauf mit einer weiteren Forcierung der Automatisierung.</p> <p>Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung braucht Deutschland jedes Jahr 260.000 Zuwanderer aus dem Ausland. Gerade in Berufen mit Personalengpässen (wie z.B. der Gesundheits- und Krankenpflege, in handwerklichen Bereichen, bei Berufskraftfahrern, in der Gastronomie, im IT-Bereich usw.) stellen Einwanderer oder geflüchtete Personen eine wichtige Gruppe des Arbeitsmarktes dar, ohne Migration wären die Fachkräfteengpässe viel größer. Geflüchtete Ukrainer und Ukrainerinnen erhalten einen schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt, die ersten offenen Stellen wurden schon mit ukrainischen Bürgern, die zumeist über eine gute Ausbildung verfügen, besetzt.</p>
Vorhaben für einfacheren Fachkräftezugang aus Drittstaaten	<p>Neben dem Migrationsdruck aus Kriegs-, Krisen- und Entwicklungsländern steht der erwünschte und für notwendig gehaltene verstärkte Zuzug von Arbeits- insbesondere von Facharbeitskräften auf der deutschen Agenda. Neben den Herausforderungen an die Unterbringung von Einwandernden stehen Kosten für deren Integration, Schulausbildung, Kinderbetreuung und Gesundheitsversorgung.</p>
Wachsende Kritik in der Bevölkerung an ungeordneter Migration und illegaler Zuwanderung	<p>Bei unbestrittenem Bedarf an erwünschter Zuwanderung von Fachkräften nimmt die Kritik der Bevölkerung an der ungeordneten Migration und den illegalen Zuwanderungsströmen über Mittelmeer, Balkan und auch Osteuropa zu. Die letzten Landtagswahlen in Bayern und Hessen zeigen ein deutliches Erstarren der migrationskritischen AfD bei starken Verlusten der Berliner Koalitionsparteien (Ampel). Angesichts der im Jahre 2024 anstehenden Landtagswahlen in den östlichen Bundesländern ist hier anhaltender Druck auf die Politik der Bundesregierung zu erwarten, die Zuwanderung zu ordnen und zu begrenzen.</p>
Große Investitionen in das Schienen- und Straßennetz	<p>Daneben soll in den nächsten Jahren das deutsche Schienennetz kräftig ausgebaut bzw. das Straßennetz instand gesetzt/modernisiert werden: So sind in den kommenden zehn Jahren 90 Milliarden Euro für das Schienennetz vorgesehen, davon allein 10 Milliarden für die weitere Elektrifizierung der Bahn.</p>
Tarifrunde 2024 mit Druck auf Arbeitskosten – Streikwellen bei Bahn und Luftverkehr	<p>Der angespannte Arbeitsmarkt gerade was den Nachwuchs und Fachkräfte angeht, die gestiegene Inflation und die in den vergangenen Jahren zurückgebliebene Entwicklung bei den Reallöhnen stellt im Tarifbereich eine weitere Herausforderung für öffentliche und vor allem auch industrielle Arbeitgeber sowie den gesamte Dienstleistungssektor dar. Erste Tarifkompromisse – z.B. im öffentlichen Dienst und bei der Chemie – zeichneten sich zwar Ende 2023 ab. Zum Jahresanfang stehen aber die Zeichen besonders im Verkehrsbereich auf Streik. Insgesamt ist daher mit starkem Druck seitens der Arbeitskosten zu rechnen. Ein Teil der gestiegenen Reallöhne dürfte allerdings nach aller Erfahrung auch in steigende Nachfrage nach Konsumgütern und z.B. auch im Tourismus führen. Dass dies zu einer vor allem realen Nachfragebelebung und nicht nur zu steigenden Preisen führen wird, wird Aufgabe der Geldpolitik bleiben.</p>

3. Wirtschaftsbeziehungen mit Österreich

Deutschland bleibt mit großem Abstand wichtigster Handelspartner, aber ...

Deutschland führt die Rangliste der österreichischen Handelspartner nach wie vor deutlich an. Im Gesamtjahr 2023 erreichte das bilaterale Außenhandelsvolumen einen Wert von über 122 Milliarden Euro. Insbesondere wegen der um 7,5% gesunkenen Einfuhren aus Deutschland und der nur mit 0,8% schwach gestiegenen Ausfuhren nach Deutschland verminderte sich das Außenhandelsvolumen zwischen unseren beiden Ländern um ca. 5 Mrd. Euro. Im Vergleich mit den Ausfuhren in die anderen Länder der EU liegt Deutschland damit deutlich unterhalb des Durchschnitts (+ 2,6%).

... wieder Rekord beim Export – aber stark verlangsamtes Wachstum Deutschland fällt als Konjunkturlokomotive aus

Im Gesamtjahr 2023 verzeichneten die österreichischen Exporte nach Deutschland im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit einem Wachstum von 0,8 % auf über 58 Milliarden Euro zwar erneut einen Rekordwert. Das Wachstum hat sich aber auf Grund der Konjunkturschwäche in unserem Nachbarland stark verlangsamt und fällt hinter den Durchschnitt der anderen EU-Länder zurück. 2023 war Deutschland exportseitig für Österreich keine Konjunkturlokomotive. Die Importe aus Deutschland verminderten sich sogar um 7,5 % und gingen auf rund 64 Milliarden Euro zurück.

An der Zusammensetzung des bilateralen Außenhandels mit Deutschland hat sich wenig geändert, wenn auch gerade die Schwäche der Hauptabsatzbranchen wie der Automobilbau sich bemerkbar machen. Die wichtigsten österreichischen Warenlieferungen nach Deutschland kommen aus dem industriellen Sektor: Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge (Kraftmaschinen und zugehörige Ausrüstungen wie Motoren und Kfz-Zubehör), elektrische Maschinen und Geräte sowie Metallwaren, Eisen und Stahl machen fast die Hälfte des Exportwerts nach Deutschland aus.

Umgekehrt sind die wichtigsten Positionen bei österreichischen Bezügen aus Deutschland ebenso Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge. Des Weiteren importiert Österreich vor allem Fertigwaren, Metallwaren, chemische Erzeugnisse sowie Mineralbrennstoffe und Schmiermittel vom nördlichen Nachbarn.

Bayern vor Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg - Potenzial in Ostdeutschland

Innerhalb der Bundesrepublik ist Bayern der wichtigste Abnehmer von Lieferungen aus Österreich: Etwa 34 % der österreichischen Deutschland-Exporte gehen in den Freistaat, gefolgt von Nordrhein-Westfalen (22,5 %) und Baden-Württemberg (18,5 %). In den neuen Bundesländern liegen noch Potentiale: Nur gut 8 % der österreichischen Ausfuhren gingen in den Osten mit Berlin. Etwa 17 % der Deutschland-Exporte gehen in die restlichen Bundesländer. In den neuen Bundesländern liegen damit angesichts der aktuellen Entwicklungen große Chancen für die österreichische Exportwirtschaft.

Österreichische Dienstleistungen weiterhin sehr gefragt

Auch die Entwicklung des österreichisch-deutschen Dienstleistungsverkehrs ist beachtenswert: Knapp 40 % der weltweiten Auslandsdienstleistungen Österreichs werden in der Bundesrepublik erbracht.

Im Jahr 2022 nahmen die österreichischen Dienstleistungsexporte um beinahe ein Drittel (32,7 %) auf 31,4 Milliarden Euro zu, die österreichischen Dienstleistungsimporte verbuchten ein Plus von 20,6 % auf 19,5 Milliarden Euro. Österreich hat dank der Einnahmen aus dem Tourismus, dem Bereich Ingenieur-, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen traditionell eine positive Dienstleistungsbilanz mit Deutschland.

Deutschland bleibt Investor Nr. 1 in Österreich

Deutschland ist auch der wichtigste ausländische Investor in Österreich: Ende 2022 belief sich der Gesamtbestand der deutschen Direktinvestitionen in Österreich auf 56,6 Milliarden Euro. Etwa 9.000 deutsche Unternehmen haben Niederlassungen in Österreich gegründet.

3.000 österreichische Niederlassungen in Deutschland

Der Gesamtbestand der österreichischen Direktinvestitionen in Deutschland belief sich 2022 auf 36,3 Milliarden Euro. Unter Einbeziehung kleiner Vertriebsbüros geht man von etwa 3.000 Niederlassungen österreichischer Unternehmen in Deutschland aus.

Deutsche Gäste in Österreich – erste Zahlen für den Winter 2023/24 lassen positive Entwicklung erwarten

Auch für das Tourismusland Österreich ist Deutschland der mit Abstand wichtigste Auslandsmarkt. Vor der Pandemie (2019) kamen zuletzt etwa 14,4 Millionen deutsche Gäste nach Österreich, die dabei 56,7 Millionen Nächtigungen verbuchten. Im Laufe der Pandemie kam es zu einem schweren Einbruch sowohl der Ankünfte als auch der Übernachtungen.

Für das Jahr 2023 liegen zwar noch keine Zahlen vor, die vorläufigen Ergebnisse aus der laufenden Wintersaison und auch die Buchungserwartungen für den Sommer 2024 lassen aber eine insgesamt gute Entwicklung erwarten. Offenbar sparen die Deutschen tendenziell eher nicht an ihren Urlaubsausgaben.

Der Tourismus hat im Jahre 2022 zwar noch nicht wieder an die Ergebnisse vor der Pandemie anschließen können, ist aber im Jahresverlauf 2022 kräftig angestiegen und hat etwa den Stand von 2017 erreicht. Trotz der hohen Inflation sowie der Energiekrise erreichten die Ankünfte deutscher Gäste 13,5 Mio. (+ 73,3 % gegenüber 2021), die Zahl der Übernachtungen lag bei 53,4 Mio (+ 66,5 %).

Auch wegen des Nachholbedarfs der Urlauber aus Deutschland ist mit einem sich fortsetzenden positiven Trend auch im Jahr 2023 zu rechnen. Dies bestätigen die ersten Zahlen über Buchungen für die anstehende Wintersaison 2023/24.

Deutschland: Anteil von 50 % bei den Reiseverkehrseinnahmen

Österreichs Reiseverkehrseinnahmen konnten im Jahresverlauf 2022 gegenüber 2020 und 2021 wieder sehr deutlich auf insgesamt 18,2 Mrd. € zulegen. Der Hauptanteil der Einnahmen stammt laut der österr. Nationalbank von Gästen aus Deutschland, deren Marktanteil sich damit auf knapp 50 % (48,6 %) erhöht hat (Nähe zu Österreich, Möglichkeit der Anreise mit dem PKW). Die Einnahmen aus dem Reiseverkehr aus Deutschland schlossen 2022 mit 8,8 Mrd. Euro nahezu zum Ergebnis 2020 (9,2 Mrd.) auf.

Erstes Messeland der Welt

Deutschland ist das bedeutendste Messeland der Welt. Über zwei Drittel aller Weltleitmessen - also rund 80 - finden hier statt. Auch österreichische Unternehmen sind regelmäßig auf Gruppenausstellungen der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA oder als Einzelaussteller vertreten.

Wettbewerb zwischen Europa und Asien nimmt zu

Bereits jetzt zeichnet sich eine große Veränderung am internationalen Messemarkt ab. Aktuell ist Europa / Deutschland noch der weltweit führende Messestandort, daneben gewinnt Asien als Standort aber zunehmend an Bedeutung. Mittel- bis langfristig wird eine Teilung der Weltleitmessen stattfinden, zwischen jenen in Europa und jenen in Asien. Nach den pandemiebedingten Ausfällen von Messen und dem Rückgang von Ausstellern und Besuchern ist damit zu rechnen, dass trotz einer allgemeinen Erholung der Messelandschaft neben insgesamt kleineren Veranstaltungen die Zahl der Messeplätze eher zunimmt und auch virtuelle und online- Veranstaltungen an Bedeutung gewinnen könnten.

Chancen in praktisch allen Branchen

Für die kommenden Jahre bestehen in Deutschland vor allem in folgenden Branchen besondere Chancen für österreichische Unternehmen:

- Bau und Infrastruktur
- Holzbau
- Energiewirtschaft und Naturressourcen
- Erneuerbare Energien, Wasserstoff
- Neue Werkstoffe und Materialien
(Nanotechnologie, Mikrosystemtechnik, Photonik und Biotechnologie)

- Gesundheit und Medizintechnik
- Informations- und Kommunikationstechnologie
- Maschinen und Anlagenbau, Künstliche Intelligenz, Automatisierung
- Metalle und Metallverarbeitung
- Elektromobilität
- Konsumgüter und Lifestyle
- Nahrungs- und Genussmittel (insbesondere Bio)
- Mobilität und Logistik
- Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Blick auf Zukunftsmärkte

Die AußenwirtschaftCenter tragen dem auch dadurch Rechnung, dass gerade in Branchen, die Wachstum auf Grund technologischen Fortschritts zu erwarten stehen, frühzeitig Veranstaltungen angeboten werden. So beispielsweise bei Wasserstoff, KI, Nachhaltigkeit und erneuerbaren Energien.

Wir sind für Sie da!

Die AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA und die AußenwirtschaftCenter Berlin und München organisieren zahlreiche Veranstaltungen in Österreich und Deutschland zu allen aktuellen Themen als auch Themen wie Nachhaltigkeit, Digitalisierung und neue Technologien, berichten über Trends im Bereich der Wasserstoff- und Klimatechnik usw. Informieren Sie sich über unser Veranstaltungsangebot sowie die umfangreiche Service-Palette unter wko.at/aussenwirtschaft.

Weitere Informationen erhalten Sie auf wko.at/aussenwirtschaft/de oder bei unseren AußenwirtschaftCentern in Berlin und München. Melden Sie sich bei uns!

AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA

AUSSENWIRTSCHAFTSCENTER BERLIN

Stauffenbergstraße 1, 10785 Berlin

T +49 (30) 257-5750

E berlin@wko.at

W wko.at/aussenwirtschaft/de

